

12. Was bedeutet das Urteil des EGMR zur Klage der Klimaseniorinnen für den Kanton Zürich?

Interpellation Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich), Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) vom 13. März 2023

KR-Nr. 142/2024, RRB-Nr. 614/5. Juni 2023

Benjamin Krähenmann (Grüne, Zürich): Seit der Einreichung der Interpellation sind ja doch schon fast wieder zwei Jahre vergangen, darum nochmals kurz zur Ausgangslage, die zur Einreichung dieser Interpellation geführt hat: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (*EGMR*) hat am 9. April 2024 eine Klage der Klimaseniorinnen gutgeheissen. Im Urteil wird eine Verletzung von zwei Artikeln der Europäischen Menschenrechtskonvention (*EMRK*) festgestellt. Das sind der Artikel 8, das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, und der Artikel 6, Zugang zum Gericht. Das heisst konkret: Es gibt ein Recht darauf, dass der Staat seine Bürgerinnen und Bürger, also uns, wirksam gegen die Folgen des Klimawandels für das Leben, die Gesundheit, das Wohlergehen und die Lebensqualität schützt. Die Schweiz wurde ihren diesbezüglichen Pflichten nicht gerecht. Im Kanton Zürich sind wir ebenfalls in wichtigen Bereichen nicht auf Kurs, wenn Netto-Null nun erst 2050 erreicht werden soll. Entsprechend möchte ich mich auch beim Regierungsrat für die Beantwortung der von uns eingereichten Fragen bedanken.

In der Antwort steht unter anderem unmissverständlich, und ich zitiere: «Der Handlungsbedarf ist weiterhin sehr gross und die Umsetzung und Ergänzung von Massnahmen ist notwendig und vorgesehen.» Wir Grüne begrüssen diese klaren Worte ausdrücklich. Denn gerade bezüglich Umsetzung gibt es auch heute noch Nachholbedarf. Wie der Regierungsrat schreibt, begann die Senkung der kantonalen Treibhausgasemissionen erst in den letzten zehn Jahren, und das auch nur, weil es im Gebäudesektor Fortschritte gab. Ich erinnere hier gerne an das fortschrittliche Energiegesetz, mit dem der Ausstieg aus fossilen Heizungen erfolgreich angegangen wurde. Die Jahre und Jahrzehnte davor: verlorene Zeit. Leider verlieren wir auch heute noch wichtige Zeit. Die Treibhausgasemissionen sind nämlich in anderen Bereichen, wie dem Gebäudesektor, zum Beispiel beim Verkehr oder in der Landwirtschaft weiterhin viel zu hoch. Dazu schreibt die Regierung in ihrer Antwort, dass die Reduktionen der Emissionen in diesen Bereichen nur gering seien. Das scheint doch etwas schönfärberisch, wenn wir uns mal die Zahlen zum Verkehr genauer anschauen. Treibhausgasemissionen im Verkehr 1990: 1,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Treibhausgasemissionen im Verkehr 2023: 2,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Sie müssen keine Mathe-Genies sein, um zu erkennen, dass dies keine Reduktion, sondern eine Steigerung darstellt. Die Zielwerte, die sich die Regierung selber setzt, werden mit dieser Entwicklung klar verfehlt, egal welches Jahr sie als Zieljahr von Netto-Null definieren. Bezeichnend ist auch, dass in der Antwort der Regierung kein einziger

Satz dazu steht, wie die Emissionen im Verkehr genug schnell gesenkt werden sollen. Etwas mehr Informationen finden sich aber online.

Der Hauptfokus liegt auf der Dekarbonisierung des MIV (*Motorisierter Individualverkehr*). Das reicht aber ebenfalls bei weitem nicht aus. Die Wahl der Verkehrsmittel wird nur nebenbei erwähnt, dabei liegt hier eigentlich das grösste Potenzial. Wenn wir den Modalsplit ändern hin zu einem grösseren Anteil von ÖV, Fuss- und Veloverkehr, nur dann können wir die kantonalen Klimaziele erreichen. Die Volkswirtschaftsdirektion, aber auch der Gesamtregerungsrat haben also noch genug zu tun. Sie sind gefordert, nun möglichst rasch vorwärtszuarbeiten, denn nur so nimmt der Kanton Zürich seine menschenrechtliche Verantwortung wahr und schützt seine Einwohnerinnen und Einwohner wirksam vor den Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben, die Gesundheit, das Wohlergehen und die Lebensqualität.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich habe es vorhin schon gesagt: Manchmal ist es gut, wenn es ein bisschen länger dauert, bis eine solche Vorlage zur Diskussion kommt, das gilt auch hier. In den letzten beiden Jahren seit der Einreichung dieser Interpellation haben sich die Welt und auch die Schweiz nämlich verändert: Spätestens letzten September mit dem überdeutlichen Nein der Bevölkerung zum Klimaziel «Netto-Null 2040» (*Abstimmung vom 28. September 2025 zur Änderung des Energiegesetzes, Vorlage 5921*) ist der Klimahysterie endgültig der Schnauf ausgegangen, denn heute beherrschen wieder die Realpolitik und auch die Sorgen der Menschen die Schlagzeilen: Kriege und Konflikte, Wirtschaftswachstum, Altersvorsorge, Gesundheitspolitik. Der Klimaschutz ist zu Recht in den Hintergrund gerückt. Mit jedem Monat, in dem die erneuerbaren Energien nicht vom Fleck kommen und in dem der CO₂-Ausstoss weltweit immer weiter steigt, wird es der Schweizer Bevölkerung klarer, dass wir auf dem Holzweg sind. Zwar gibt man bei Umfragen noch pflichtschuldig an, dass einem der Klimaschutz schon am Herzen liege, besonders viel dafür zahlen möchte aber niemand. Und auf Ferienflüge, Fleischkonsum und sonstige, als klimaschädlich gebrandmarkte Tätigkeiten möchte auch niemand wirklich verzichten. Dass wir das Klimaziel «Netto-Null 2050» erreichen, daran glaubt auch fast niemand mehr, was mich zum Thema des Vorstosses bringt, nämlich zur Klage dieser sogenannten «Klimaseniorinnen» beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte: Es ist ja eigentlich schon traurig genug, dass sich eine Gruppe von wohlmeinenden, rüstigen Rentnerinnen vor den Greenpeace-PR-Karren (*Umweltorganisation*) spannen lässt. Dass sich aber der EGMR auch noch dazu hinreissen lässt, diese sogenannte «Klage» gutzuheissen, sagt viel aus über die ideologische Verblendung gewisser europäischer Institutionen. Die Klage entpuppt sich nämlich für jeden, der zu grundlegendem logischen Denken befähigt ist, als völlig haltlos. Erstens tut die Schweiz, und insbesondere der Kanton Zürich, schon mehr als genug für den Klimaschutz. Der CO₂-Ausstoss ist seit 1990 um ein Viertel gesunken, pro Kopf gar um rund 40 Prozent; dies trotz unaufhaltsam steigendem Wohlstand. Was mit verhältnismässigem Aufwand gemacht werden kann, wird im Bereich Klimaschutz heute auch gemacht. Zweitens ist die Haltung, dass irgendjemand in einem reichen Land wie

der Schweiz durch den Klimawandel in seinen Menschenrechten beschnitten werde, in keiner Art und Weise nachvollziehbar. Zur Erinnerung: Es gibt ganz viele Länder mit niedrigerem Lebensstandard als in der Schweiz, in denen es auch ohne Klimawandel deutlich heisser ist als bei uns, und es ist ja nicht so, dass die Leute dort mit der Hitze nicht umgehen könnten. Und drittens: Das Klima wird – das werden Sie nicht bestreiten – von unendlich vielen Faktoren beeinflusst, und ein kleines Land wie die Schweiz kann allein gar nichts dagegen unternehmen. Es lässt sich juristisch daher überhaupt nicht nachvollziehen, wie ein einzelnes Land dafür belangt werden soll, dass es nicht genug zum Schutz der Bevölkerung unternommen hätte.

Umso erfreuter war ich daher über die deutliche Reaktion von Bundesrat Albert Rösti und dem Bundesparlament. Für einmal haben sowohl der National- als auch der Ständerat Rückgrat bewiesen und den Bürokraten in Strassburg klar und deutlich mitgeteilt, dass die Schweiz gar nicht daran denkt, dieses Urteil umzusetzen. Wieso sollten wir das auch tun? Schliesslich hat bei uns das Volk das Sagen, und das Volk hat immer recht, ein Umstand, den man in Brüssel und in Strassburg halt einfach nicht so recht akzeptieren kann. Mehr gibt es dazu eigentlich nicht zu sagen, und deshalb sollten auch wir hier drin – es ist doch schon bald halb sechs Uhr – nicht mehr allzu viel Zeit mit dieser Lappalie vergeuden. Die Antwort auf die im Titel der Interpellation gestellte Frage lautet: nichts.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): «Die Welt hat sich verändert», sagt Ueli Bamert – mit einem Abstimmungsergebnis. So einfach geht SVP-Politik. Ist Klimaschutz ein Menschenrecht? Diese Frage zu prüfen, war der Auftrag der Klimaseniorinnen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, EGMR. Was bedeutet das Urteil für den Kanton Zürich? Das wollten wir vom Regierungsrat wissen. Zur Einordnung: Das Urteil benennt die Emissionen aller EGMR-Staaten, die fast so viel wie die USA ausstossen, das Urteil ist somit bedeutend.

Zur Antwort des Regierungsrates: Bei der Frage nach dem Einfluss des EGMR-Urteils auf die Umsetzung der Klimastrategie des Kantons Zürich nennt der Regierungsrat das Umsetzungsmonitoring. Ein Monitoring ist ja gut, aber es müssen daraus Massnahmen folgen, dies fordern wir. Bei der Frage, ob der Kanton Zürich genügend aktiv ist, um die Bevölkerung wirksam vor den negativen Folgen der Klimaerhitzung auf Leben, Gesundheit und Wohlergehen zu schützen, gesteht der Regierungsrat ein, dass keine substanzielle Reduktion der Treibhausgasemissionen erreicht wurde. Im Bereich Verkehr, Landwirtschaft und in weiteren Bereichen gab es nur geringe Emissionsreduktionen. Ein grosser Emittent wird nicht genannt, nämlich der Flugverkehr. Der Kanton Zürich als Grossaktionär der Flughafen AG muss sich wehren gegen weitere internationale Flughafenprojekte. Die Entwicklung des globalen Flugverkehrs hat einen entscheidenden Einfluss auf den Klimaschutz. Beim EGMR-Urteil wird ein CO₂-Budget gefordert, dass für jeden Sektor klare Mengenbeschränkungen für Treibhausgasemissionen festgelegt werden. Der Regierungsrat gesteht ein, dass das noch zur Verfügung stehende CO₂-Budget relativ gering sei. Weiter fordern wir: Der Kanton Zürich soll voran-

gehen und ein CO₂-Budget erstellen. Er soll dies weitsichtig tun und streng umsetzen, so wie er es beim Budgetieren machen will. Er soll dies auch beim Bund einfordern, denn die Anpassung an den Klimawandel geht noch zu wenig weit. Die Reduktion von Treibhausgasen darf nicht länger in die Zukunft und damit einseitig zulasten junger Generationen hinausgezögert werden. Die Senioren und Seniorinnen, wie ich, werden es danken.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Ich bin sehr froh, dass die Antwort der Regierung zeigt, dass im Kanton Zürich ein Verständnis dafür besteht, dass diese Verpflichtung, die sich aus Artikel 8 EMRK erwächst, eben auch ernstgenommen wird – nicht wie alle anwesenden Fraktionen hier im Rat. Wir sind der Meinung, dass diese Verpflichtung eben wichtig ist und dass man sich hier nicht einfach ausruhen darf, auch wenn ich mir an dieser Stelle aktuell den Hinweis nicht verkneifen kann, dass die Regierung vielleicht in der letzten Legislatur von diesem Parlament auch etwas zu diesem Verständnis gedrängt wurde. Die Klimaveränderungen sind überall spürbar. Wir als Parlament und auch die Regierung sind weiter gefordert. Wir haben es schon gehört, neben einem Monitoring braucht es auch wirkungsvolle Massnahmen. Ausruhen steht uns nicht gut an. Der Regierungsrat anerkennt in seiner Antwort, dass bezüglich der Reduktionen der Emissionen weiterhin grosser Handlungsbedarf besteht und dass es konkrete Massnahmen braucht. Wir sehen das gleich.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Lieber Ueli Baumert, ja ich weiss, du bist in der Laune des Wahlkampfes (*der Angesprochene kandidiert für das Stadtpräsidium von Zürich*), man hat das auch deutlich in deinem Votum gehört. Aber wenn du ähnlich stilllos und despektierlich und herablassend konterst, machst du so, mit dieser Art und Weise, keine Punkte in Zürich. Das ist doch eigentlich nicht deine Art, ich kenne dich auch anders.

Und dann möchte ich trotzdem noch sagen, dass das Klima nach wie vor ein grosses Thema ist. Es wird momentan überlagert von Sicherheitsbedenken der Menschen, was auch nachvollziehbar ist, aber Umwelt und Klima rangieren bei Umfragen immer noch auf Platz 3. Und wir können schon nach wie vor den Kopf in den Sand stecken und sagen, das gebe es nicht oder es mache doch nichts oder die Schweiz könne sowieso nichts tun, wir seien ja so klein, wir könnten so weitermachen. Das Klima macht auch weiter, ob mit uns oder ohne uns.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Ich möchte die Ratsdebatte nicht unnötig verlängern, trotzdem hat Ueli Bamert mit seinem Votum doch einiges Stirnrunzeln bei uns ausgelöst, weil er halt doch mehrere Sachen nicht sagt. Er sagt, er spricht süffisant darüber, dass sich die Welt verändert habe und jetzt die Klimathemen nicht mehr so wichtig seien. Das ist eine politische Einschätzung, die er hier von sich gibt, die aber nichts mit der Physik zu tun hat. Die Physik sagt leider etwas ganz, ganz anderes. Und deshalb rufen wir Sie erneut auf, die Klimawissenschaften zu studieren und die Resultate ernst zu nehmen und sich nicht süffisant über sämtliche Erkenntnisse von Tausenden von Wissenschaftlern hinwegzusetzen

und sich selbst als Öl-Lobbyist mit der Bevölkerung zu verwechseln und das Sorgenbarometer herunterzuspielen. So von Lappalien zu sprechen, ist in diesem Zusammenhang einfach unangebracht. Oder die Klimasorgen der Bevölkerung als Hysterie zu kennzeichnen, ja, da vergessen Sie einfach die Sorgen der Menschen, die in diesem Kanton leben. Es bringt wenig, immer einzelne Sachen herauszupicken, von Flügen und von Fleisch zu sprechen und sie ins Lächerliche zu ziehen und von sogenannten Klimaeffekten oder klimanegativen Effekten zu sprechen. Das ist wirklich despektierlich und schade, das hätten Sie nicht nötig (*Ueli Bamert schüttelt den Kopf*). Doch, das hast du gesagt, mehrfach. Und noch zur Information: Es sterben in der Schweiz jährlich 600 Menschen an den Folgen des Klimawandels, das ist belegt. Es sind grossmehrheitlich Frauen, deshalb «Klimaseniorinnen». Falls Sie das wirklich interessiert: Es sind mehrheitlich ältere Frauen über 65 Jahre, und ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Lieber Ueli, sehr geehrter Herr Bamert, du hast uns hier natürlich stark getriggert mit deinem wirklich unseligen Votum. Dein Votum trieft vor Öl, das von einem gesunkenen Öltanker an einer Küste angespült wurde und dort das ganze Leben zerstört hat. Du widersprichst dir. Du sagst einerseits, in der Schweiz machten wir schon genug für dieses Klima. Andererseits glaube ja gar niemand mehr daran, dass wir das Netto-Null-Ziel 2050 erreichen. Also das heisst, dass wir doch immer noch viel zu wenig machen. Auch wenn dieses europäische Urteil im Schweizer Parlament mit Füßen getreten wurde, hat es in Europa eine grosse Wirkung gezeigt. Verschiedene Länder haben das Urteil ernst genommen und in ihre Klimapolitik mit eingebaut, und so wird es auf jeden Fall Wirkung zeigen. Und sprich doch mit den Landwirten in deiner Fraktion. Die spüren den Klimawandel am eigenen Leib, und da wirst du sehr viel erfahren, dass es in den nächsten Jahren problematisch sein wird, genügend Nahrungsmittel zu erzeugen.

Regierungsrat Martin Neukom: Es stellen sich in dieser Angelegenheit zwei Fragen. Die erste Frage ist: Soll das Gericht oder soll ein Gericht eine ungenügende Klimapolitik rügen oder nicht? Dazu möchte ich mich nicht äussern. Ich bin der Ansicht, dass es nicht angeht, dass sich die Regierung dazu hergibt, Gerichtsurteile zu beurteilen; sie nimmt sie lediglich zur Kenntnis. Und die zweite Frage lautet: Ja, tut denn die Schweiz genug? Was genug ist, ist offensichtlich eine politische Frage. Wenn es darum geht, ob es genug ist, den Klimawandel grundsätzlich zu verhindern, dann ist die Antwort klar: Nein, wir haben bereits jetzt eine Erwärmung von 1,5 Grad Celsius. Ist es schon genug, um das globale Ziel von 1,5 Grad Celsius zu erreichen? Wahrscheinlich muss man auch hier sagen, dass dies nicht der Fall ist.

Natürlich, es wurden Massnahmen im Gebäudebereich getroffen, das hat Herr Bamert erwähnt. Wir haben Fortschritte in der Industrie, wir haben Fortschritte im Verkehr, wir haben bis jetzt keine Fortschritte bei der Elektromobilität, bei der das mindestens möglich sein sollte. Bei der Landwirtschaft und beim Abfall haben wir keine Fortschritte. Das genügt also nicht. Wesentlich ist aber, dass in dieser

Statistik, die Sie immer erwähnen, mehr als die Hälfte fehlt. Die Statistik ist natürlich nicht vollständig, weil sie nur die territorialen Emissionen beinhaltet. Das heisst, der ganze Flugverkehr fehlt, und der macht durchaus recht viel aus, und natürlich fehlt auch der ganze Import. Wir haben selber keine Stahlproduktion in der Schweiz, wir produzieren auch keine Metalle oder bereiten diese auf. Auch Elektronik importieren wir, Spielzeug, Konsumgüter und so weiter. Wenn man das dazuzählt, dann sieht die Klimabilanz der Schweiz natürlich nicht mehr so positiv aus.

Nun noch zum Grundsatz: Sie können schon darüber frohlocken, dass der Klimaschutz im Moment in den Medien oder in der Gesellschaft vielleicht nicht eine so hohe Priorität hat. Nur, die Physik können Sie nicht überlisten, Herr Bamert. Also wenn Sie glauben, das sei alles harmlos, dann können Sie das glauben. Ich glaube, dass Sie in einer Traumwelt leben. Sie glauben, man könne weitermachen, ohne dass sich irgendetwas ändert. Man kann das alles ignorieren, aber wissen Sie, auch wenn Sie nicht daran glauben: Die Physik funktioniert trotzdem, wie sie funktioniert, auch wenn Sie nicht daran glauben. Der Klimawandel wird leider fortschreiten. Es wäre ja schön, wenn man den Klimawandel dadurch stoppen könnte, dass man nicht daran glaubt. Das ist aber leider nicht möglich.

Ratspräsident Beat Habegger: Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.